

**Bergunfall**

**Peter Sprenger  
tödlich verunglückt**

**TRIESEN** Peter Sprenger, Rechtsanwalt, Treuhänder, Exvizepräsident des Staatsgerichtshofs, Altlandtagsabgeordneter der Vaterländischen Union (von 1997 bis 2005) und Mitgründer sowie Motor des Demokratie-Sekretariats, ist im Alter von 64 Jahren tödlich verunglückt. Der passionierte Bergsteiger stürzte am Dienstag am Hinter Grauspitz auf dem Gebiet der Gemeinde Fläsch ab. Wie die Kantonspolizei Graubünden informierte, barg die Rega den Verunglückten, für die Betreuung seines Begleiters wurde das Care Team Grischun aufgeboden. Die beiden Liechtensteiner waren am Dienstagmorgen im Fürstentum aufgebrochen, um den Hinter Grauspitz zu besteigen (das «Volksblatt» berichtete bereits am Mittwoch). Peter Sprenger war als erster Liechtensteiner auf dem Mount Everest - er bezwang den höchsten Berg der Welt im Jahr 2012. Zwei Jahre später, im November 2014, erklimmte er im Alter von über 60 Jahren den Gipfel des Kilimandscharo, weitere Expeditionen folgten. Sechs der «Seven Summits» hatte Peter Sprenger bereits bestiegen, für Dezember 2018 plante er, den Gipfel des letzten der jeweils höchsten Berge der sieben Kontinente zu erklimmen. VU-Präsident Günther Fritz würdigte Peter Sprenger am Mittwoch in einem Nachruf als einen «Demokraten



Das Archivfoto vom 31. Oktober 2012 zeigt Peter Sprenger im Landesmuseum, wo er über seine Mount-Everest-Besteigung berichtete. (Foto: Trummer)

mit Leib und Seele». Sprenger gehöre zu den profiliertesten VU-Politikern, «die sich während des zehnjährigen Verfassungsstreits bis 2003 vehement und mit grosser Leidenschaft für die Stärkung der Volksrechte und einen Ausbau der demokratischen Elemente in der liechtensteinischen Verfassung eingesetzt haben». Der Trauergottesdienst mit Verabschiedung findet am kommenden Samstag, den 27. Oktober, um 9.30 Uhr in der Pfarrkirche in Triesen statt. Die Urnenbeisetzung findet im engsten Familienkreis statt. (red)

# FBP-Landesvorstand spricht sich mehrheitlich für «Tour de Ski» aus

**Stimmungsbild** An der Landesvorstandssitzung der FBP wurde die Durchführung der «Tour de Ski» kräftig diskutiert. Zuvor hatten Befürworter und Gegner ihre Argumente vorgebracht.

VON HANNES MATT

Am 25. November wird in Liechtenstein über die Durchführung zweier Langlauf-Weltcuprennen in Vaduz abgestimmt. Dies nachdem drei DU-Gemeinderäte erfolgreich das Referendum gegen die finanzielle Unterstützung des Landes in Höhe von je 400 000 Franken für die geplanten Citysprints in Vaduz eingereicht hatten. Ein Rennen soll dabei rund 1 Million Franken kosten.

**Beide Lager eingeladen**

Gestern befasste sich der Landesvorstand der Fortschrittlichen Bürgerpartei (FBP) mit dem Thema. Dazu waren Christoph Frommelt und Alexander Ospelt von «#Wir sind Ja» als Fürsprecher sowie Ivo Kaufmann und Jack Quaderer vom Referendumskomitee als Gegner des geplanten Langlauf-Grossanlasses eingeladen worden. Beide Seiten gaben ihr Bestes, das zweithöchste Parteigremium der FBP von ihrer Sache zu überzeugen. So kritisierten die beiden DU-Gemeinderäte den Transport des Kunstschnees von Steg nach Vaduz. Weiter stand bei ihrer Argumentation im Vordergrund, dass Gewinn und Nutzen der Veranstaltung in keinem Verhältnis stehen würden - finanziell wie ökologisch. Das fand bei einigen Mitgliedern des Landesvorstands durchaus Anklang. Die Mehrheit des Landesvorstands folgte aber den Argumenten von «#Wir sind Ja». Deren Vertreter betonten, dass es ökologischer sinnvoller sei, den Schnee von Steg nach Vaduz als umgekehrt die rund 800 Athleten samt ihren Teams sowie geschätzten 6000 Zuschauern nach Steg zu befördern. Zudem fehle es dort an der dafür nötigen Infrastruktur. Weiter argumentierten Frommelt und Ospelt, dass rund zwei Drittel der Wertschöpfung in Liechtenstein verbleibe. Die beiden Rennen sollen Pilotprojekt sein und als erster CO<sub>2</sub>-



OK-Mitglied Christoph Frommelt und LSV-Präsident Alexander Ospelt legen ihre Argumente für die «Tour de Ski» dar.



Der FBP-Landesvorstand machte es sich nicht einfach und würdigte sowohl Pro- als auch Kontra-Argumente. (Fotos: MZ)

neutraler Grossevent in die Geschichte eingehen: «Das meinen wir ernst!», betonten die beiden.

**Angeregte Diskussion**

Die folgende angeregte interne Diskussion unterstrich, dass es sich der Landesvorstand nicht einfach machte und sowohl Pro- als auch Kontra-

Argumente würdigte. Schon im Landtag waren die Meinungen zu diesen Grossveranstaltungen geteilt gewesen - auch bei den FBP-Abgeordneten, die sich je zur Hälfte entweder dafür oder dagegen ausgesprochen haben. Letztlich überwogen aber die positiven Aspekte und der Landesvorstand sprach sich

mehrheitlich für ein «Ja» anlässlich der diesbezüglichen Volksabstimmung aus. In einem Punkt waren sich aber alle einig: Es sei absolut richtig, dass das Stimmvolk in dieser Sache das letzte Wort haben wird.

[www.volksblatt.li](http://www.volksblatt.li)

## «Hätte die Regierung etwa ein Privatunternehmen retten sollen?»

**Interview** Gesellschaftsminister Mauro Pedrazzini weist Vorwürfe (siehe Inserat auf Seite 10) von Günther Wohlwend auf «Volksblatt»-Nachfrage mit aller Entschiedenheit zurück.

VON HANNES MATT

«Volksblatt»: Herr Regierungsrat, in einem Inserat fordert Günther Wohlwend den Landtag dazu auf, eine Kommission zur Überarbeitung des Leistungsauftrags an das Landesspital einzusetzen. Gleichzeitig macht er Ihnen persönlich Vorwürfe. Was sagen Sie dazu?

**Mauro Pedrazzini:** Offenbar ist dem Fürstlichen Kommerzienrat sein Gespür für den Kommerz in letzter Zeit etwas abhanden gekommen. Er fordert meines Erachtens implizit, dass die Regierung ein Privatunternehmen, dessen Geschäftsidee nicht funktioniert hat, mit staatlichen Hilfen hätte retten sollen. Das hätte ich gerade von ihm zu allerletzt erwartet.

In letzter Zeit wurde aber immer wieder die Frage bezüglich des Vertrags laut, um den die Medicnova angesucht hat und den sie nicht bekommen hat. Ist die Medicnova an Ihrer Sturheit gescheitert?

Es gibt einen grossen Unterschied zwischen konsequentem Handeln und Sturheit, bloss geht dieser im politischen Getöse manchmal unter. Die Medicnova Privatklinik AG verfolgte ein Geschäftsmodell, das die Behandlung von Privatpatienten und Selbstzahlern vorsah. Nach über einem Jahr Betrieb erkannte die Klinik, dass ihr Geschäftsmodell in der Form nicht rentabel ist und hat dann öffentlich die Forderung nach einem umfassenden OKP-Vertrag für alle Leistungsbereiche erhoben.

Ein OKP-Vertrag ist aber nicht nur ein Stück Papier, dahinter steht auch ein realer Geldstrom. Letztlich hätte meines Erachtens die Regierung einen Millionenbetrag budgetieren müssen zur Unterstützung eines Privatunternehmens, das zudem beim Landesspital einen deutlichen Ertragsausfall verursacht hat, der mit

Steuermitteln kompensiert werden musste. Als Bürger hätte ich keinerlei Verständnis für ein derartiges Vorgehen und als Regierungsrat bin ich sicher, dass auch der Landtag eine solche Budgetposition nicht gutgeheissen hätte.

**Aber hätte nicht dennoch ein OKP-Vertrag ermöglicht, dass Leistungen im Land geblieben wären anstatt in die Schweiz abzuwandern?**

Man muss sich die Grössenordnungen vor Augen halten: Mit dem Konkurs der Medicnova musste Aktienkapital im Umfang von 13 Mio. Franken abgeschrieben werden und die offenen Forderungen gegen die Konkursmasse betragen weitere 12 Mio. Franken, und das in so kurzer Zeit. Ein OKP-Vertrag hätte niemals ausgereicht, um ein ausgeglichenes Ergebnis zu erreichen, daher weise ich

«Ein OKP-Vertrag hätte niemals ausgereicht, um ein ausgeglichenes Ergebnis zu erreichen.»

MAURO PEDRAZZINI  
REGIERUNGSRAT



Regierungsrat Mauro Pedrazzini nimmt Stellung zu den aktuellen Vorwürfen. (Foto: MZ)

den Vorwurf Wohlwends, die Regierung hätte die Medicnova «an die Wand gefahren», mit aller Entschiedenheit zurück.

**Was sagen Sie zu seiner Forderung nach einer Expertenkommission?**

Wir sind derzeit intensiv daran, Informationen über die gesamtwirtschaftliche Sicht des Betriebs eines eigenen Landesspitals sowie Entscheidungsgrundlagen für die zukünftige Entwicklung der Infrastruktur des Landesspitals für den Landtag zu erstellen. Im November-

Landtag wird zudem der Forderungsverzicht des Landes auf das Darlehen an das Landesspital traktandiert, in diesem Rahmen werde ich auch über die zwischenzeitliche Entwicklung der Fallzahlen des Landesspitals berichten. Wir möchten nun die Arbeiten an den Entscheidungsgrundlagen vorbringen und dem Landtag die versprochenen Grundlagen zustellen. Wenn im Landtag danach der Bedarf nach einer begleitenden Kommission besteht, so werden wir mit dieser gerne zusammenarbeiten.